

Positionspapier

der Vollversammlung der AGABY

Null Toleranz im Umgang mit rassistischen Parteien

Rassistische Positionen, Äußerungen und Taten sind mit den Zielen der Ausländer-Migranten- und Integrationsbeiräte nicht vereinbar. Wir stehen für eine demokratische, offene und plurale Gesellschaft, die die Würde der Menschen achtet - unabhängig von der Hautfarbe, ethnischen, kulturellen und religiösen Herkunft, Geschlecht und sexueller Identität, Alter und körperlichen Voraussetzungen. Wir engagieren uns für eine inklusive und diskriminierungsfreie Gesellschaft.

Unser Ziel ist es, die Demokratie zu schützen und möglichst viele Menschen für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander zu gewinnen. Demokratie und Menschenwürde sind nicht verhandelbar.

Wir haben Null Toleranz für Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit, weder in den eigenen Reihen, noch in der Politik und Gesellschaft im Allgemeinen. Dieses Selbstverständnis haben die Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns bereits in 2017 in ihrer Selbstverpflichtungserklärung „Wir dulden keinen Rassismus und keine Diskriminierung – erst recht nicht in den eigenen Reihen“ klar und deutlich formuliert. Dieses Selbstverständnis bekräftigen wir hiermit noch einmal.

Wir distanzieren uns konsequent von rassistischen Äußerungen und Taten und bekämpfen sie im Rahmen der Gesetze.

Die Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns beschließen folgenden Verhaltenskodex:

- Parteien und Organisationen mit rassistischen Ideologien, die dennoch nicht verboten sind, bekämpfen wir mit allen Mitteln und Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen. Mit aller Kraft setzen wir uns für eine rassismusfreie, plurale, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft ein.
- Den Zulauf zu Rechtspopulisten und deren Einfluss gilt es zu minimieren und zu behindern. Deshalb bieten wir ihnen keine Bühne, ihre rassistischen und menschenfeindlichen Positionen zu verbreiten. Das bedeutet, dass wir sie nicht zu eigenen Veranstaltungen einladen und nicht an von ihnen initiierten Veranstaltungen teilnehmen. Bei Einladungen von Dritten muss im Einzelfall geprüft werden, wie ein gemeinsamer Auftritt vermieden werden kann, ohne den Rassisten einen noch größeren öffentlichen Erfolg zu bescheren.

- Im Umgang mit einzelnen Mitgliedern der rassistischen Parteien und Organisationen gilt es zu differenzieren, ob es sich um Parteifunktionäre oder um Mandatsträger handelt. Es ist einzuschätzen, ob die rassistischen Einstellungen als gefestigt gelten. Grundsätzlich sind wir auf der Grundlage der demokratischen Regeln bereit zum Dialog. Unsere Offenheit hat jedoch klare Grenzen im Fall von Rassismus und damit der Verletzung der Menschenwürde.
- Wir wollen um jedes Mitglied der Gesellschaft kämpfen, um es für die Demokratie und ein respektvolles und rassistisurfrees Miteinander zu gewinnen. Wir werden uns für eine demokratische Gesellschaft einsetzen, um die Wähler*innen der radikalen Parteien für die demokratische Mitte zurückzugewinnen. Die Erfahrung zeigt aber, dass bei Personen mit einem gefestigten ideologischen Weltbild dieser Kampf meist aussichtslos ist. Bei diesen Personen gilt es, sie zu isolieren und ihre Einflussmöglichkeiten zu minimieren.

Bamberg, 31. März 2019